

Ausbildungsinitiative des DGB

Ausbildung statt Warteschleifen

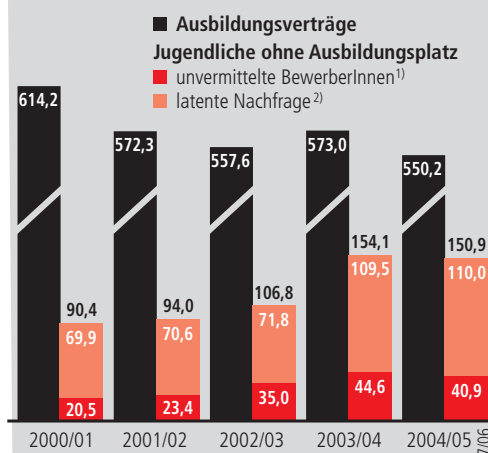
Allen Versprechungen zum Trotz: Der zwischen der damaligen rot-grünen Bundesregierung und der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungs-pakt ist gescheitert. Im vergange-nen Jahr ist die Zahl der betriebli-chen Ausbildungsplätze erneut um 2,2 Prozent gesunken, das belegen Ende März vom Statistischen Bun-desamt präsentierte Zahlen.

Damit setzt sich der seit 2000 vorherrschende Negativtrend fort: Während die Zahl der neu abge-schlossenen Ausbildungsverträge in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent gesunken ist, stieg die Zahl der Schulabgänger um drei Prozent. Die Konsequenz: Inzwi-schen findet nicht einmal jeder zweite Jugendliche einen betriebli-chen Ausbildungsplatz. Vielen bleibt als Alternative zur Arbeitslosigkeit nur eine Warteschleife in der Schu-le, die Teilnahme an einer berufs-vorbereitenden Maßnahme oder der Übergang ins Arbeitsleben ohne Berufsausbildung.

Die Rechnung dafür zahlen nicht nur die Jugendlichen, denen ein Einstieg ins Berufsleben ver-wehrt wird, sondern die Gesell-schaft insgesamt. Nach Berechnun-

Ausbildungspakt gescheitert

Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und abgeschlossene Ausbildungsverträge 2001 – 2005 (in Tausend)



1) jeweils zum 30. September;

2) Jugendliche, die eine Berufsausbildung machen wollen, aber wegen fehlendem Ausbildungsplatz zwischenzeitlich anderswo untergekommen sind (Berufsvorbereitungsjahr, Praktikum, Studium, Bundeswehr etc.)

Quelle: DGB

Der Ausbildungs-platzmangel nimmt immer dramatischere Formen an: Während die Zahl der Ausbil-dungsverträge in den vergangenen fünf Jahren um über 60 000 gesunken ist, hat sich die Zahl der unvermittelten BewerberInnen ver-doppelt, auf 40 900. Nimmt man die jun-gen Menschen hinzu, die nach der Schule eine Berufsausbil-dung beginnen wol-len, mangels Ausbil-dungsplatz aber in Nischen ausgewichen sind, liegt die Zahl der unversorgten Jugendlichen sogar bei über 150 000.

gen des DGB müssen die Bundes-agentur für Arbeit und die Länder allein für berufsvorbereitende Maß-nahmen pro Jahr eine Milliarde Euro aufbringen. „Statt in Warte-schleifen zu investieren, und damit die Lebenszeit junger Menschen zu vergeuden, muss die betriebliche Ausbildung gefördert werden, for-dert DGB-Vorstand Ingrid Sehr-

brock. So könnten kleine und mitt-lere Unternehmen (KMU) gefördert werden, die im Verbund mit ande-ren Betrieben ausbilden. Der Vor-schlag ist Teil der ebenfalls Ende März präsentierten „Ausbildungs-initiative“ des DGB. Darin sind Vorschläge gebündelt, wie die Aus-bildungsplatzsituation mittelfristig verbessert werden kann.

Zu den Forderungen des DGB gehört auch die Einführung einer „kleinen Umlage“, mit der die von den Kammern erhobenen Prüfungs-gebühren von bis zu 600 Euro pro Auszubildendem auf alle Betriebe umgelegt werden. Zudem müssten Betriebe, die ausbilden, besser be-gleitet werden. „Wer Betriebe bes-ser unterstützt, muss nicht Jahr für Jahr viel Kraft aufwenden, um Er-satz zu finden für die Betriebe, die sich aus der Ausbildung verabschie-det haben“, so Sehrbrock. •

plusminusBERLIN



Familienministerin

Ursula von der Leyen

(CDU) hat die niedrige Gebur-tenrate als „Dilemma der Männer“ charakterisiert. Dass deren Pflichten im Beruf kaum Platz für Kinder lassen, zeige, dass es die Gesellschaft „nicht ernst meint mit der Vereinbar-keit von Beruf und Familie“.



Gerd Andres (SPD), par-

lamentarischer Staats-

sekretär im Arbeitsministe-rium, meint, Praktikanten seien selbst schuld, wenn sie der Not gehorchend umsonst arbeiten. „Wenn Sie das machen wollen, machen Sie es doch!“ erklärte Andres in der RBB-Sendung Kontraste.

inhalt

Seite 3

Abstieg in die zweite Liga

Bei der Rente drohen drama-tische Einbrüche – ein Konzept, wie sie armutsfest gestaltet werden kann, fehlt der Politik

Seite 5

Tarifverträge ohne Mitglieder

Auch nach dem BAG-Urteil bleibt die Christliche Gewerkschaft Metall eine ohnmächtige Organisation

Seite 7

Die Macht der (mittelmäßigen) Eliten

Der ehemalige Kanzlerbera-ter Albrecht Müller über die verborgenen Netzwerke der Reformprotagonisten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.cnh-berlin.de

Streik-Site der von Schließung bedrohten Fiat-Tochter CNH in Berlin

Hintergrund

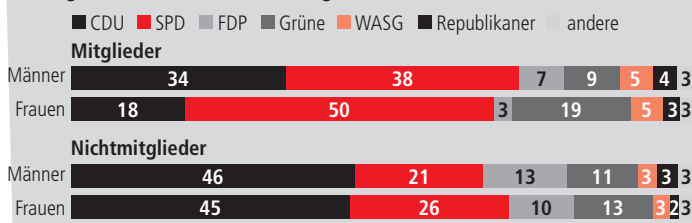
www.einblick.dgb.de

Hände weg vom Kündigungsschutz! Resolution des DGB-Bundesvorstandes

Noch nie war die Wahlbeteiligung bei **Landtagswahlen** so **gering**. In Rheinland-Pfalz machten nur **58,2 Prozent** der Berechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch (ein Minus von **3,9 % gegenüber 2001**), in **Baden-Württemberg 53,4 Prozent** (minus **9,2 %**), in **Sachsen-Anhalt 44,4 Prozent** (minus **12 % gegenüber 2002**). Die Veränderungen im Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder sind geringfügig. Während 2001 in **Baden-Württemberg 44 Prozent** von ihnen für die **SPD** stimmten, waren es diesmal **41 Prozent** (**CDU: 2001 – 35 %, 2006 – 29 %**). In Rheinland-Pfalz hat die **SPD** mit **56 Prozent** ihren Stimmenanteil bei den GewerkschafterInnen gegenüber der letzten Wahl (**57 %**) gehalten, die **CDU** hat mit **21 Prozent** gegenüber 2001 vier Prozentpunkte eingebüßt. In Sachsen-Anhalt hat die **Linke/PDS** mit **31 Prozent** nun auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern die **SPD** (**26 %**) überholt (**2002 – PDS: 26 %, SPD: 27 %**). Die **WASG** wählten in **Baden-Württemberg 6 Prozent** der GewerkschafterInnen, in **Rheinland-Pfalz 5 Prozent**.

Frauen wählen anders

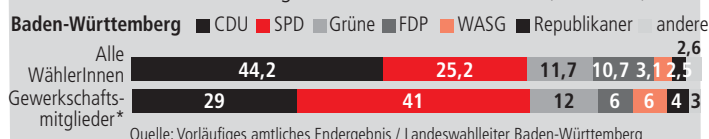
Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg nach Geschlecht (in Prozent)



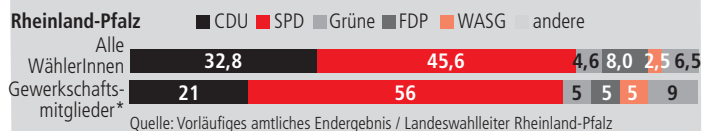
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Zahlen gerundet

Differenziertes Bild bei GewerkschafterInnen

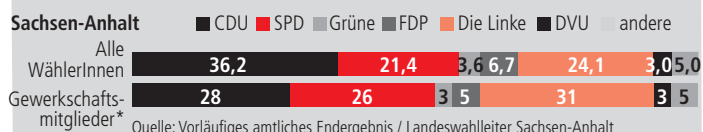
Stimmenanteile bei den Landtagswahlen vom 26. März 2006 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis / Landeswahlleiter Baden-Württemberg



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis / Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis / Landeswahlleiter Sachsen-Anhalt

* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft), Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Zahlen gerundet

← **Selten klappt das Wahlverhalten von Frauen und Männern so auseinander wie bei den Gewerkschaftsmitgliedern in Baden-Württemberg. Gerade mal 38 Prozent der Männer wählten die SPD, dagegen votierten knapp 50 Prozent der Gewerkschafterinnen für die SPD, die im Ländle mit der Spitzenkandidatin Ute Vogt antrat. Auch der Stimmenanteil der Grünen ist bei ihnen mit 19 Prozent deutlich höher als bei ihren Kollegen (9 %). Weniger signifikant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten bei den Nichtmitgliedern. Während 26 Prozent der Frauen für die SPD stimmten, waren es nur 21 Prozent der Männer.**

ISA CONSULT
Das gewerkschaftliche
Beratungsunternehmen

ISA CONSULT
Beratungsgesellschaft
für Innovation, Strukturpolitik
und Arbeit mbH

Alleestraße 80
44793 Bochum

Wallstraße 61-65
10179 Berlin

Klaus-Groth-Str. 9
60320 Frankfurt/Main

Katharinenstr. 30a
20457 Hamburg

Kontakt:
Alexander H. Lottis:
alottis@isa-consult.de
Fon: 0234-9132-103
Fax: 0234-9132-102
www.isa-consult.de

ISA CONSULT

Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit mbH



Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.

ISA CONSULT ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativenkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.

...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.

Fachliches Know how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.

Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:

- Organisationsentwicklung
- Personalentwicklung
- Arbeitszeitgestaltung
- ERA-Einführung
- Gender Mainstreaming

ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

Abstieg in die zweite Liga

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beginnt die Zeit der Grausamkeiten. Nicht nur in der Gesundheitspolitik müssen sich die BürgerInnen auf zusätzliche Belastungen einstellen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) inzwischen in aller Offenheit angekündigt hat, sondern auch bei der Rente.

Die Menschen seien in Deutschland im Alter „gut versorgt“, hatte Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) noch Anfang März bei der Vorstellung des Rentenberichts 2005 der Bundesregierung erklärt, „sie werden es auch in Zukunft sein“. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Bis 2030 wird das durchschnittliche Bruttorentenniveau von 48,2 auf 39 Prozent des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens sinken. Zudem unterliegen die Renten in Zukunft vollständig der Steuerpflicht.

Dass Müntefering dennoch von einer soliden Absicherung für das Alter spricht, liegt an der verschleienden Darstellung des Rentenberichts der Bundesregierung. Dort werden die Einbrüche beim Niveau der gesetzlichen Rente mit wachsenden Ansprüchen der BürgerInnen aus der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge verrechnet. Ob die ArbeitnehmerInnen aber tatsächlich, wie von der Bundesregierung unterstellt, alle „riestern“, also vier Prozent ihres Einkommens für die Altersvorsorge auf die hohe Kante legen, darf bezweifelt werden. Das gilt ebenso für die Vermutung des Arbeitsministers, dass die Einkommenszuwächse, die den BürgerInnen in den kommenden Jahren durch die schrittweise Steuerbefreiung der Rentenbeiträge zufließen, zu hundert Prozent zur privaten Altersvorsorge genutzt werden.

Vor allem für Geringverdiener und für die wachsende Zahl der nur sporadisch beschäftigten Menschen rechnet sich die private Vorsorge kaum. Sie werden sich auf ein Rentenniveau einstellen müssen, das auch nach jahrzehntelanger Arbeit kaum über dem Grundsicherungsniveau liegt.

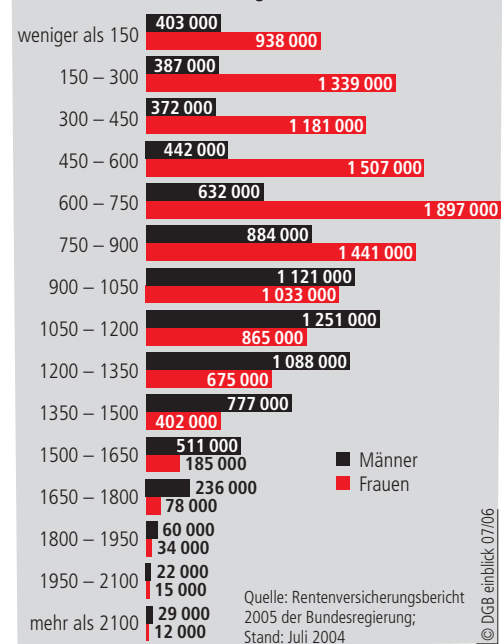
Rentenexperten wie der Frankfurter Sozialökonom Dieter Döring warnen schon seit langem, Deutschland stehe bei der Alterssicherung vor dem „Abstieg in die zweite Liga“. Der von der Politik unterstellte Normalrentner, der 45

Kefer. Zudem müsse die Rentenversicherung als stärkste Säule der Alterssicherung armutsfest sein. Dazu bedarf es nach Ansicht des DGB eines „stärkeren sozialen Ausgleichs für Geringverdiener und für Arbeitslose“. „Nur wenn für Arbeitnehmer mit langen Versicherungsbiografien die gesetzliche Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung liegt, wird die Politik die Menschen dazu motivieren können, zusätzlich privat vorzusorgen.“

Bestätigt sieht sich die stellvertretende DGB-Vorsitzende in ihrer Forderung nach einer armutsfesten Ausgestaltung des Rentensystems

Vorsorge lohnt nicht immer

Renteneinkommen der heutigen Rentenbezieher (in Euro)



Ein Viertel der heute 20 Millionen RentnerInnen erhält eine Rente, die unterhalb des Grundsicherungsniveaus von 345 Euro/Monat plus Miete liegt. Zwei Drittel davon sind Frauen. Dass sich angesichts der bereits beschlossenen Rentenkürzungen eine private Altersvorsorge für Geringverdiener lohnt, um später trotz Sparleistung nicht unterhalb des Grundsicherungsniveaus zu rutschen, ist nicht sicher gestellt.

Jahre lang sozialversicherungspflichtig arbeitet und dabei im Durchschnitt aller ArbeitnehmerInnen verdient, sei wirklichkeitsfremd. Realistisch seien allenfalls 40 Versicherungsjahre. Wer heute 35 Jahre alt ist, könne nur noch von einem Rentenniveau von 34 Prozent des Durchschnittseinkommens ausgehen.

Der DGB warnt deshalb massiv vor weiteren Eingriffen in das Rentensystem. „Die gesetzliche Rente muss auch in Zukunft bei Versicherten, die ihr Leben lang gearbeitet haben, wesentlich zur Sicherung des Lebensstandards beitragen“, fordert DGB-Vize Ursula Engelen-

durch Untersuchungen zu dessen Akzeptanz. Sie hängt von drei Bedingungen ab: Erstens müssen die Versicherten sicher gehen können, dass die Summe ihrer Rentenzahlungen im Schnitt größer ist als die Summe der eingezahlten Beiträge. Zweitens müssen diejenigen, die mehr in das Rentensystem einzahlen als andere, auch mehr an Leistung erhalten. Und schließlich muss der Rentenanspruch, den der Einzelne durch seine Beitragszahlungen erwirbt, höher sein als die Leistung, die er auch ohne Rentenzahlungen als Grundsicherung erhalten würde. •

Rente armutsfest gestalten

Weil das Niveau der staatlichen Rente in den kommenden Jahren massiv sinken wird, wird der armutsfeste Umbau des Rentensystems immer wichtiger. Auch Beschäftigte mit niedrigen Einkommen müssen die Chance haben, durch ihre Arbeit ein Alterssicherungsniveau zu erwerben, das oberhalb der Armutsschwelle liegt.

Sozialexperten wie Reinhold Thiede, Leiter des Referats für Entwicklungsfragen der Sozialen Sicherheit bei der Deutschen Rentenversicherung, diskutieren deshalb bereits seit längerem über die Einführung von Gewichtungsfaktoren in der Rentenversicherung. Thiede hält es zum Beispiel für denkbar, dass die individuellen Rentenentgelte in den ersten zehn Berufsjahren um 100 Prozent aufgewertet werden.

Die Grenze, ab der der erworbene Rentenanspruch das Sozialhilfeniveau übersteigt, würde dadurch für Durchschnittsverdiener bereits nach 16 statt nach 26 Jahren erreicht. Diskutiert wird auch über die Einführung flexibler Anwartschaften, mit deren Hilfe bestimmte Arbeitsjahre höher bewertet werden, und über die Einführung eines Sockelrentenmodells.

Wettbewerb

Im Netz gegen Rechts

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ hat einen Wettbewerb für Materialien gegen Rechts ausgeschrieben. Der Trägerverein der „Gelben Hand“ sucht Online-Ideen gegen Rechts



und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt. Die Gelbe Hand mit dem Aufdruck „Mach meinen Kumpel nicht an!“ war 1985 von der Gewerkschaftsjugend und dem DGB-Jugendmagazin 'ran ins Leben gerufen worden. Die Wettbewerbsbeiträge sollen Berufsschulklassen und Ausbildungsbetriebe ermuntern, gegen Rechts aktiv zu werden. Es winken Sach- und Geldpreise im Wert von bis zu 1000 Euro.

Der Verein hat zwei Broschüren herausgegeben, die gedruckt oder als Internet-Download Hilfestellung für Interessierte geben. Die Bro-

schüre „Hilfestellung bei der Entwicklung von Online-Materialien im Rahmen des Wettbewerbs „Im Netz gegen Rechts““ bietet allgemeine Hinweise für Projekte an Berufsschulen und Betrieben und gibt Anregungen für deren mediale Umsetzung.

„Im Netz gegen Rechts – Arbeitswelt aktiv – Beispiele aus der Praxis“ stellt die Projekte vor, die beim Wettbewerb 2005 ausgezeichnet wurden. Dokumentiert werden eine Vielzahl unterschiedlicher Materialien wie Broschüren, Plakate und vor allem Webseiten. •

www.gelbehand.de

Gesundheitsförderung

Eingliederung statt Entlassung

Das DGB-Bildungswerk veranstaltet vom 25. bis 28. Juni im DGB-Bildungszentrum Starnberger See seinen 10. Workshop zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Im Zentrum steht das Thema „Eingliederung statt Entlassung – ein betriebliches Eingliederungsmanagement aufbauen“. Der Workshop beschäftigt sich mit hohen Belastungen am Arbeits-

platz, gesundheitlichen Problemen und arbeitsbedingten Erkrankungen, die häufig auch zu Behinderungen führen. Es geht vor allem darum, mit Prä-



vention, Rehabilitation und Eingliederung auf diese Faktoren zu reagieren. •

www.dgb-bildungswerk.de

ver.di-Veranstaltung

4. Potsdamer Forum

Die öffentlichen Verwaltungen sollen moderner, effizienter und wirtschaftlicher werden; ein Dauerthema seit vielen Jahren. Beim 4. Potsdamer Forum, das vom 30. bis 31. Mai stattfindet, geht es um „Die produktive Verwaltung – Konzepte für einen wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst“. Die Veranstaltung richtet sich an Führungskräfte in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen und wird von ver.di gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung sowie der Hans-Böckler-Stiftung angeboten. In den Vorträgen und Workshops des Forums werden u.a. Themen

wie betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Mitarbeiterführung und Deregulierung als Chance behandelt. Veranstaltungsort ist das Seminar Seehotel in Potsdam; die Teilnahmegebühr beträgt für ver.di-Mitglieder 170 Euro, für Nichtmitglieder 220 Euro. •

www.verdi.de/potsdamer-forum

Sommerakademie

Wirtschaft kompakt

Der Begriff Globalisierung ist längst zur Chiffre für die ökonomischen Übel der Welt geworden. Bei der diesjährigen Kasseler Sommerakademie soll genauer untersucht werden, was sich hinter diesem

Schlagwort verbirgt. Fünf Tage lang, vom 4. bis 8. September, haben die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, sich mit den bestehenden Bedingungen der Weltwirtschaft wie auch mit Alternativkonzepten zu befassen. Die Sommerakademie wird von der Universität Kassel in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Hans-Böckler-Stiftung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar veranstaltet. Interessenten können sich bis zum 7. Juli unter sommerakademie@uni-kassel.de um die Teilnahme bewerben; die Teilnahmegebühren betragen 90 Euro inklusive Unterbringung, Verpflegung und Unterrichtsmaterialien. •

scherrer@uni-kassel.de
gcaglar@uni-kassel.de

Fachkongress

„dieMit“

Erstmals findet im Herbst ein Fachkongress mit Messe zum Thema Mitbestimmung statt. Vom 12. bis zum 14. Oktober werden in Bremen Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute und Frauenbeauftragte Gelegenheit haben, sich ausgiebig zu informieren: über die europäische Dimension der betrieblichen Mitbestimmung ebenso wie über die aktive Gleichstellungspolitik von Betriebsräten, über die Arbeitsgestaltung in Pflegeberufen und viele weitere Themen. Der Fachkongress unter dem Kurztitel „dieMit“ wird von der Arbeitnehmerkammer Bremen und ver.di-innotec veranstaltet sowie vom DGB, von ver.di, der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung aktiv begleitet. Die Tageskarte kostet im Vorverkauf 87 Euro, die Dauerkarte 232 Euro. •

www.dieMit.de

interregio

••• Auf Einladung des Nord-Süd-Netzes des **DGB Bildungswerks** machen vier Vertreterinnen der kolumbianischen Blumenarbeitsgewerkschaft „Untraflores“ vom 25. April bis zum 5. Mai eine **Informationsreise** durch acht deutsche Städte. Die Gewerkschafterinnen wollen auf Veranstaltungen von den „ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen“ für weibliche Beschäftigte auf Kolumbiens Blumenplantagen berichten und deut-

sche Verbraucher für das Thema sensibilisieren. Kolumbien ist nach den Niederlanden der zweitgrößte Blumenexporteur weltweit. Veranstaltungstermine und Infos: www.nord-sued-netz.de

••• Der **DGB Bezirk Berlin-Brandenburg** und die **DGB-Region Bremen-Bremerhaven** öffnen ihre Gewerkschaftshäuser im April und Mai für **Kunstaustellungen**. Im Berliner DGB-

Haus an der Keithstraße sind vom 25. April bis zum 16. Mai Bilder, Skulpturen und Videoinstallationen der drei KünstlerInnen Mira Bergmüller, Gabriel Heimler und Leila Pazooki zu sehen. Der DGB Bremen zeigt vom 1. bis zum 28. April im Gewerkschaftshaus am Bahnhofplatz „Stadtbilder“ des Malers Alexander Brandmeyer aus Havanna, Murmansk, Neapel und Bremen. Der Eintritt ist bei beiden Ausstellungen frei.

GEWERKSCHAFTEN

BAG-Urteil zur Christlichen Gewerkschaft Metall

Tarifverträge ohne Mitglieder

Können Gewerkschaften auch Tarifverträge für Bereiche abschließen, in denen sie keine Mitglieder haben? In einem Ende März ergangenen Grundsatzurteil zur Tariffähigkeit der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) diese Möglichkeit zumindest nicht ausgeschlossen.

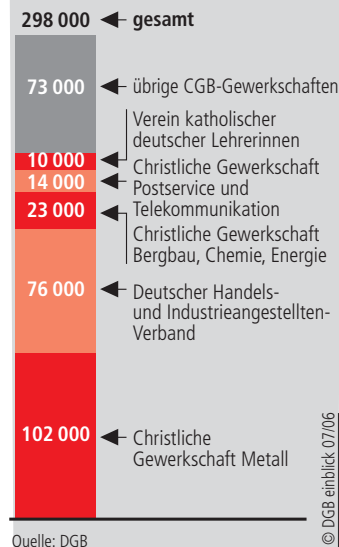
Ob eine Organisation eine Gewerkschaft ist, hängt nach Ansicht der BAG-Richter nur davon ab, ob sie Tarifverträge abschließt, und nicht von ihrer Tariffähigkeit, also der Fähigkeit, die Interessen der Beschäftigten notfalls auch in einem Konflikt mit den Arbeitgebern durchsetzen zu können. Zwar seien höchstens zwei Prozent der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie und im Metallhandwerk in der CGM organisiert, aber die CGM habe durch den Abschluss von 3000 Anschlusstarifverträgen – gemeint sind damit Übernahmen von zuvor von der IG Metall ausgehandelten Tarifverträgen – sowie 500 eigenständigen Tarifverträgen „hinreichend unter Beweis gestellt, dass sie von der Arbeitgeberseite ernst genommen wird“.

Dass die CGM in ihren Tarifverträgen häufig lediglich Arbeitgeberforderungen als Tarifstandard fest schreibt, ließ das Gericht außen vor. Für die Annahme, es handele sich um Gefälligkeitsvereinbarungen, gebe es „keine Anhaltspunkte“. Auch der Umstand, „dass die CGM möglicherweise nicht überall in den von ihr regional und fachlich beanspruchten Zuständigkeitsbereichen durchsetzungsmächtig ist“, stehe ihrer Tariffähigkeit nicht entgegen.

Vorausgegangen war der Entscheidung, die die bisherige Rechtsprechung des BAG auf den Kopf stellt, ein mehrjähriger Rechtsstreit. Um die Einführung von Dumpinglöhnen durch Gefälligkeitsarbeitsverträge für die Arbeitgeber zu verhindern, hatte die IG Metall die Tariffähigkeit der CGM mit juristischen Mitteln in Frage gestellt. Anlass waren mehrere von der CGM abgeschlossene Tarifverträge für Betriebe, in denen

Nicht tariffähig

Mitglieder des Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschland (CGB)



16 Organisationen sind im arbeitgeberfreundlichen Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschland (CGB) zusammengeschlossen, vom Arbeitnehmerverband deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter bis zum Verband Deutscher Techniker. Der größte Teil von ihnen hat nur wenige Mitglieder und verfügt kaum über eigenes Personal. Ihnen fehlen die Voraussetzungen, um die Interessen der Beschäftigten in Tarifausschlägungen durchzusetzen.

die CGM zum Teil überhaupt nicht vertreten ist, wie zum Beispiel beim Kabelhersteller Nexans. Dessen Geschäftsführung hatte versucht, die im Vergleich zum IG Metall-Tarif schlechteren Arbeitsbedingungen des CGM-Vertrags auch gegenüber IG Metall-Mitgliedern durchzusetzen, war aber an deren Widerstand gescheitert (einblick 20/2005). In anderen Tarifgebieten, in denen die IG Metall weniger stark aufgestellt ist, wie zum Beispiel im Handwerk in Ostdeutschland, ist es den Arbeit-

gebern allerdings gelungen, den niedrigeren CGM-Standard über einzelvertragliche Vereinbarungen zum Teil auch auf die IG Metall-Mitglieder zu übertragen.

Für die IG Metall ist die CGM keine Gewerkschaft, sondern der verlängerte Arm der Arbeitgeber. Was das für die Beschäftigten heißt, hat die IG Metall bereits im vergangenen Jahr in einer Broschüre unter dem Titel „Sie können nur billig. Christliche Gewerkschaften und wie sie Arbeitnehmerinteressen verkaufen“ dokumentiert. Durch das Urteil ändere sich für die IG Metall-Mitglieder nichts, weil die Wirksamkeit der von der IG Metall vereinbarten Tarifverträge nicht eingeschränkt werde, betont die IG Metall in einer ersten Stellungnahme. Die CGM bleibe auch nach dem Urteil „eine ohnmächtige Organisation“, die nicht in der Lage ist, „eigene tarifpolitische Vorstellungen ernsthaft mit den Arbeitgebern zu verhandeln und durchzusetzen“.

Ableger des CGB gibt es auch im Organisationsbereich anderer DGB-Gewerkschaften, zum Teil sind die Namen sogar unmittelbar der entsprechenden DGB-Gewerkschaft entlehnt, wie bei der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen oder der Christlichen Gewerkschaft, Bergbau, Chemie, Energie. Allerdings ist die Mitgliederzahl des CGB gering, verbunden mit einer noch geringeren Tariffähigkeit. Trotzdem hat der CGB in den vergangenen Jahren in Randbereichen zum Teil einzelne Tarifverträge abgeschlossen, zum Beispiel in kleineren Chemiefirmen.

Nach dem BAG-Urteil wollen die DGB-Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit dem CGB auf der politischen Ebene führen. Das wichtigste Argument: ArbeitnehmerInnen, die die christlichen Gewerkschaften unterstützen, schaden sich selbst, weil sie der Einführung niedrigerer Löhne Tür und Tor öffnen. ●

Keine Konkurrenz, aber ein Ärgernis

Für den DGB sind die christlichen Gewerkschaften keine Konkurrenz, sondern „ein Ärgernis“, weil ihre Abkommen „das wirkliche Tarifgeschäft erschweren“, so IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode. Laut DGB-Vorstand Dietmar Hexel haben sie sich in Tarifverhandlungen bislang als „Unterbietungsverein“ präsentiert, „nicht als echte Gewerkschaft“.

Anders ist das bei den berufsständischen Fachgewerkschaften, die keinem Dachverband angehören und vor allem die Interessen besser bezahlter Arbeitnehmergruppen vertreten, wie zum Beispiel die Pilotenvereinigung Cockpit oder die Ärzteorganisation Marburger Bund. Sie versuchen zum Teil, ihre Tarifforderungen auch zu Lasten anderer Beschäftigter durchzusetzen und stehen damit in direkter Konkurrenz zum DGB.

Hinzu kommen die Mitgliedsorganisationen der dbb tarifunion. Bei der Mitglieder-gewinnung stehen sie ebenfalls in Konkurrenz zu den DGB-Gewerkschaften, vor allem im Bildungssektor, bei der öffentlichen Verwaltung, der Bahn und der Polizei. In der Tarifpolitik haben sich in den vergangenen Jahren allerdings zwischen DGB und Beamtenbund neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt – damit aus der Konkurrenz um Mitglieder kein Wettbewerb um niedrige Löhne wird.

kurz&bündig



Anlässlich der aktuellen Debatte um Gewalt an Hauptschulen

hat die GEW ein Sieben-Punkte-Programm vorgelegt. Darin fordert die Gewerkschaft eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und eine spezielle „interkulturelle Ausbildung“ für alle LehrerInnen und PädagogInnen.



Die IG BCE und der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) fordern von der Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für die tarifliche Altersvorsorge. Erworbene Guthaben müssten bei einem Betriebswechsel problemloser übertragen werden können.



Die GdP fordert, MitarbeiterInnen des Zolls in die Sicherheitsplanungen zur Fußball-WM einzubeziehen. Der Zoll könne vermehrt Grenzkontrollen übernehmen, damit Einsatzkräfte der Bundespolizei während der WM für andere Aufgaben frei würden. Diese Lösung sei im Gegensatz zum diskutierten Bundeswehreinsetzung verfassungskonform.



TRANSNET will mit einer Kampagne auf die Gefahren

einer Trennung des DB-Konzerns vom Schienennetz aufmerksam machen. Dadurch seien zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr. Unter dem Motto „Schütze deine Bahn“ soll deshalb die bislang „technisch geführte Diskussion in die Herzen der Menschen“ getragen werden.

Betriebsratswahlen 2006

Erste Erfolge

Vor allem in mittleren und großen Betrieben sei die Wahlbeteiligung hoch, meldete die Arbeitskammer Saarland drei Wochen nach Beginn der regulären Betriebsratswahlen 2006. So beteiligten sich etwa bei Saarstahl in Burbach 98 Prozent der Belegschaft an der Wahl. Anfang April ist es noch zu früh, verlässliche Trendaussagen zu machen.

1. Mai

Würde als Maßstab

Die DGB-Kundgebungen zum 1. Mai stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Deine Würde ist unser Maßstab“. Im Aufruf des DGB zum „Tag der Arbeit“ setzen sich die Gewerkschaften für Chancengleichheit in Gesellschaft und Arbeitswelt ein. Der Sozialstaat dürfe „zunehmende würdelose Arbeits- und Lebensbedingungen“ nicht hinnehmen.

LabourNet

Schaden kaum gut zu machen

Die Bochumer Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungsverfahren gegen das gewerkschaftsnahe Internetportal LabourNet (einblick 2/06) offiziell eingestellt. Im Gefolge nächtlicher Durchsuchungen hatte die Staatsanwaltschaft ohne Rücksicht auf Pressefreiheit und Arbeitsmöglichkeiten der Redaktion im Januar technische Geräte und alle verfügbaren Datenträger beschlagnahmt. Die verantwortliche Redakteurin Mag Wompe, die von der Durchsuchung in ihrem Urlaub überrascht wurde, hatte gegen die Hausdurchsuchung und Beschlagnahme Beschwerde eingelegt. Das Landgericht Bochum gab ihr Recht und stellte fest: „Die Beschuldigte ist durch den Beschluss und dessen

Erste Ergebnisse aus der Metall- oder Chemiebranche zeigen aber, dass die Gewerkschaftslisten in vielen Betrieben Erfolge verbuchen können – ganz im Sinne der Betriebsratswahlkampagne von DGB und Gewerkschaften. Ihr Ziel ist es, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, den Anteil der gewerkschaftlich Aktiven in den Gremien zu steigern und neue Betriebsräte zu gründen.

Auch Letzteres scheint aufzugehen. Bei der Hotline zur Kampagne

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird auf der zentralen Mai-Kundgebung des DGB in Wolfsburg reden, DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer spricht in Essen. Die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften reden in München (Jürgen Peters, IG Metall), Berlin (Frank Bsirske, ver.di), Regensburg (Klaus Wiese, IG BAU), Würzburg (Franz-Josef Möllenberg, NCG), Frankfurt am Main (Norbert Hansen, TRANSNET), Stuttgart (Ulrich Thöne, GEW) sowie in Osnabrück und Ibbenbüren (Hubertus Schmoldt, IG BCE).

Vollzug möglicherweise in ihrem Grundrecht aus Artikel 5 GG, mit Sicherheit aber in ihren Grundrechten aus Art. 2, GG verletzt worden.“

Die Angriffe der Justiz auf die Arbeitsmöglichkeiten von LabourNet führten zu einer Vielzahl überregionaler und internationaler Proteste. So stellte das Komitee für Grundrechte und Demokratie unter anderem fest: „Aufgrund eines vagen Verdachts gegen Journalisten berufs-



wie auch bei DGB und Gewerkschaften vor Ort suchen immer mehr Beschäftigte Unterstützung, weil sie einen Betriebsrat gründen wollen. Etwa in Bremen – angeregt durch die Lektüre der ersten Ausgabe von punktB, der Aktionszeitung zur Kampagne, wird es dort bald eine Neugründung in einer Bäckerei geben.

Anfang April ist die zweite Ausgabe von punktB mit einer Bundesausgabe und neun Regionalausgaben erschienen. In der Zeitung berichten nicht nur zahlreiche Betriebsräte über ihre Arbeit, sondern auch Arbeitgebervertreter erklären, weshalb durch Mitbestimmung auch Unternehmen nur gewinnen können.

Alle Ausgaben von punktB zum Download: www.einblick.dgb.de

schädigend vorzugehen, verstößt gegen mehrere Grundrechte: das Grundrecht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (Art. 5 GG) an erster Stelle. Das maßlose Vorgehen (...) ohne einen annähernd geprüften und fundierten Verdacht ist skandalös.“ LabourNet lässt nun prüfen, in welchem Umfang die Justiz schadensersatzpflichtig ist.

<http://www.labournet.de/ueberuns/beschlagnahme/index.html>

in eigener Sache

Am 1. April hat die einblick-Redaktion personelle Unterstützung erhalten: **Timm Schneider**, 25, ist der erste Redaktionsvolontär in der Geschichte des einblick-Verlags. Den einblick-LeserInnen sind die Meldungen von Timm Schneider, der gerade sein Studium in Geschichte, Politik und Medienwissenschaften an der Universität Düsseldorf abgeschlossen hat, nicht unbekannt: Er gehört bereits seit 1999 als freier Mitarbeiter zum einblick-Team.



Reformdebatte

Über die (mittelmäßigen) Eliten

Die Eliten aus Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Publizistik haben uns unablässig eingeredet, das Land stehe vor dem Ruin. Albrecht Müller, Ex-Berater von Willy Brandt und Helmut Schmidt und Autor des Bestsellers „Reformlüge“, nimmt in seinem neuen Buch „Machtwahn“ die Führungselite ins Visir.

Das Exposé zu „Machtwahn“ habe ich am 15. August letzten Jahres formuliert. Die wichtigste dort formulierte Vermutung ist leider immer noch aktuell. Vielleicht, so denke ich, leiden wir nicht unter Reformstau, Sozialstaat, angeblich zu hohen Löhnen und Gewerkschaften, vielleicht liegt unsere Misere daran, dass wir besonders schlechte Eliten haben, **dass sich bei uns das Mittelmaß durchgesetzt hat**, sich gegenseitig stützt und zur Erhaltung der gewonnenen Macht auf Gleichschaltung der Analysen und Therapien drängt? Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Unsere Eliten sind unfähig zu einer pragmatischen Makropolitik, sie begreifen nicht, dass es jetzt vor allem darauf ankäme, die Binnennachfrage und damit die Konjunktur anzuschieben. **Doch auch diese Bundesregierung hat nichts begriffen.** Für dieses Jahr ist ein reales Wachstum von 1,4 Prozent vorgesehen. Selbst wenn es zwei Prozent oder ein bisschen mehr werden sollten, mit einem solch lächerlichen Wachstum kommt unsere Volkswirtschaft nie aus dem Loch heraus. Und dann wird das zarte Pflänzchen im nächsten Jahr mit einer dreiprozentigen Mehrwertsteuererhöhung tot getrampelt.

Ich skizziere in „Machtwahn“, wie andere Länder, wie Schweden, Großbritannien und die USA in den 90er Jahren mit mehrmaligen Wachstumsraten von um die vier Prozent ihre Stagnation überwunden haben. **Das Wissen um die richtige Makropolitik ist in Deutschland verloren gegangen.** Ich nenne die Regression und beschreibe eine Reihe weiterer Symptome für den Rückfall auf ein früher schon einmal erreichtes Niveau der Erkenntnis. Das fängt damit an, dass die herrschenden Kreise die weit reichenden Folgen ihres Tuns nicht mehr bedenken: zum Beispiel die psychischen Folgen langer Arbeitslosigkeit, zum Beispiel die Folgen der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche für den Bildungsstand und die Gewaltbereitschaft. **Sie haben unsere Gesellschaft gespalten**, sie haben die Verteilung der Einkommen mächtig auseinander gezogen, sie verlangen Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und erhöhen sich gleichzeitig ihre Vorstandsbezüge um zweistellige Prozente. Löh-

ne sind ein Kostenfaktor und zugleich ein wichtiges Element gesamtwirtschaftlicher Nachfrage – selbst solche einfachen Zusammenhänge erkennen unsere ideologisch geprägten Eliten nicht mehr.

Unser Eliten sind Mittelmaß in der Sache aber Spitze in der Kunst der Verführung. **Das Netz ihrer Propaganda ist perfekt.** Unsere Eliten schaffen es, unserem Volk einzureden, die Finanzierungsprobleme unserer sozialen Sicherungssysteme folgten aus der demographischen Entwicklung. Dabei ist klar, dass die miserable wirtschaftliche Entwicklung, die Anlastung versicherungsfremder Leistungen und die Subvention von Minijobs zulasten der sozialversicherungspflichtigen Verträge die eigentlichen Ursachen sind.

Ich skizziere in meinem Buch das Netzwerk, dem die neoliberalen Eliten ihre Macht zu verdanken haben. Das Netzwerk haben sie gut gestrickt, engmaschig, mit zwei Knotenpunkten: der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Bertelsmann-Stiftung. Das reicht weit hinein in Institutionen, die wir bisher für einigermaßen unabhängig hielten – die Wissenschaft, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die SPD und die Grünen, Union und FDP sowieso. **Über dieses Netzwerk lässt sich quasi alles verbreiten.** Wir haben es im März erlebt, als eine wahrlich einfältige Studie eines so genannten Berlin-Instituts mit der Behauptung, wir hätten die niedrigste Geburtenrate und noch nie eine so niedrige gehabt, in nahezu allen Medien kommuniziert wurde. Das ist die Unwahrheit – aber das stört offenbar keinen Journalisten mehr. Sie fragen nicht einmal, wer eine solche Studie bezahlt. Im konkreten Fall unter anderem das Krankenversicherungsunternehmen DKV.

Ich nenne Korruption Korruption. Sie hat heute neue Dimensionen erreicht: Wir verscherbeln öffentliches Eigentum, damit ein Klüngel von Interessenten daran verdient. Das Ergebnis ist nicht ausschlaggebend. Am Vorgang wird verdient. Die größte Korruption, deren Zeugen wir heute sind, gilt der **Zerstörung unserer sozialen Sicherungssysteme**, vor allem der gesetzlichen Rente. Das ist ein Milliardengeschäft. 15 Milliarden gewinnt die private Versicherungswirtschaft an Umsatz, wenn der gesetzlichen Rentenversicherung zehn Prozent der Beiträge weggenommen werden. Dafür lässt sich locker der einflussreiche Teil der Wirtschaftswissenschaft wegkaufen. •

Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet. Droemer, 365 Seiten, 19,90 Euro



Albrecht Müller, 68, war von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, 1987 zog er in den Bundestag ein.

NachDenkSeiten

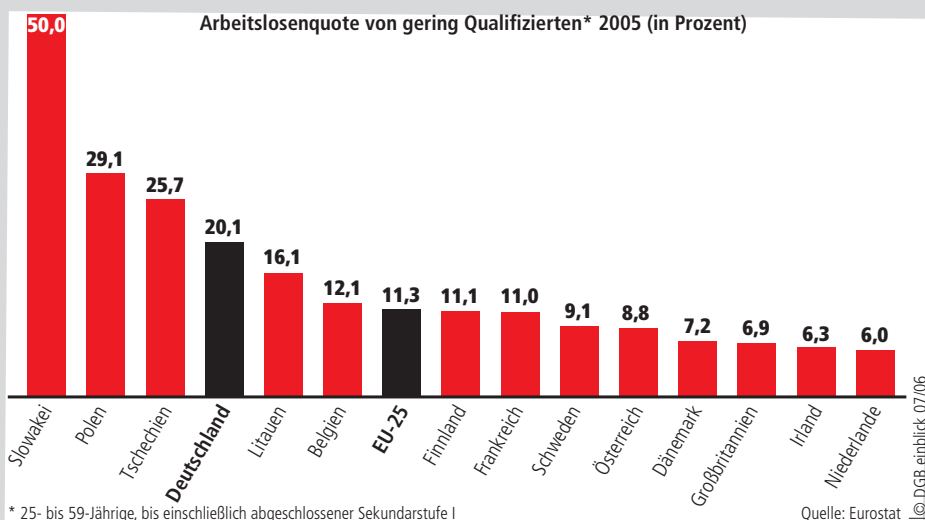
Die neoliberale Bewegung beherrscht inzwischen weite Teile der Medien, meint Buchautor und Ex-Kanzlerberater Albrecht Müller (SPD). Alternative Argumente, etwa von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, fänden deshalb immer seltener Eingang in die öffentliche Meinung und damit auch in

den politischen Entscheidungsprozess. Um kritischen Thesen zum neoliberalen Mainstream wieder ein breiteres Forum zu öffnen, betreibt Müller seit zweieinhalb Jahren „NachDenkSeiten – die kritische Homepage“. Gemeinsam mit Wolfgang Lieb, von 1979 bis 1982 Mitarbeiter Müllers im Bundeskanzleramt, will er auf der Webseite Informationen und Analysen für Menschen bündeln, die an den üblichen Argumenten „der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln und gegen die gängigen Parolen Einspruch anmelden.“

www.NachDenkSeiten.de

GERING QUALIFIZIERTE: In Deutschland oft ohne Job

Nur in den drei ost- und mitteleuropäischen Ländern Slowakei, Polen und Tschechien haben gering Qualifizierte in der EU eine noch geringere Chance auf einen Arbeitsplatz als in Deutschland. Der Vergleich widerlegt das Argument, gesetzliche Mindestlöhne seien ein „Jobkiller“ für Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen: Die höchsten Beschäftigungsquoten haben die Niederlande, Irland und Großbritannien – alles Länder mit einem Mindestlohn ab sieben Euro pro Stunde.



14 TAGE

10.4. DGB Goslar, Diskussion „Die Zukunft unserer Kommunen: Rettung durch Verkauf?“, Goslar

15.4. DGB Baden-Württemberg, Ostermarsch 2006, Ulm

18.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Anreizregulierung für Beschäftigte und Netzinvestitionen“ im Strom- und Gassektor, Bonn

19.4. IG Metall-Senioren Mittelhessen, Diskussion „Große Koalition – Was bringt die Zukunft?“, Gießen

21.-23.4. ver.di-Jugend, Jugendbildungsforum, Gladenbach

23.4. UNESCO-Welttag des Urheberrechts

23.-25.4. GdP, Bundesseniorenkonferenz „Lust auf Leben – auch im Alter“, Dresden

personalien

... **Giovanni Pollice**, 51, Leiter der Abteilung Arbeitnehmer/Migration der IG Bergbau, Chemie, Energie und bei den italienischen Parlamentswahlen Kandidat des Unionsbündnisses des früheren EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi für den Wahlkreis Europa, ist am 29. März zum stellvertretenden Vorsitzenden des Interkulturellen Rats in Deutschland gewählt worden.

Tipp

Buch: Thomas Hanke, Der neue deutsche Kapitalismus. Republik im Wandel, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2006, 230 Seiten, 19,90 Euro

Deutschland ist kein Land der Revolutionen. Trotzdem hat sich das Land in den vergangenen zehn Jahren so umfassend gewandelt wie kaum zuvor. Die Deutschland AG mit ihrer wechselseitigen Verflechtung ganzer Industriezweige und der zentralen Machtstellung der Banken als Anteilseigner und Kreditgeber hat sich aufgelöst und mit ihr der deutsche Korporatismus. „Der Konsens“, schreibt der Journalist Thomas Hanke, Lei-

ter des Meinungsressorts beim Handelsblatt, „ist nicht mehr das Maß aller Dinge“. Auch die ArbeitnehmerInnen bekämen den Wandel zu spüren. Die Gewerkschaften seien in der Defensive, Arbeitszeitverkürzungen würden zurückgedreht, Tarifbestimmungen außer Kraft gesetzt. Wohin die Reise geht, sei dennoch nicht entschieden. Der These, dass sich auch in Kontinentaleuropa das angelsächsische Modell eines reinen Shareholder-Value-Kapitalismus durchsetzen wird, hält er das Modell eines sich modernisierenden rheinischen Kapitalismus entgegen. Dessen Umriss freilich müssten sich erst noch entwickeln.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** einblick Verlagsgesellschaft mbH **Geschäftsführer:** Christian Paulsen **Redaktion:** Udo Böhlefeld, Anne Graef (verantwortlich für diese Ausgabe), Stephan Hegger, Norbert Hüsson, Timm Schneider, Sybille Pape (Redaktionsassistentin) **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24-20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/85 99 46-240, Fax 030/85 99 46-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn GmbH, Rosenstraße 18, 10178 Berlin, Tel. 030/81 45 93-11, Fax 030/81 45 93-99 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.



Schlusspunkt.

„Atmender Kündigungsschutz“

Der Bonner Rechtswissenschaftler Gregor Thüsing in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. April über seinen Vorschlag, die Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch die Einschränkung des Kündigungsschutzes zu bekämpfen. Nach der Krise könne der Kündigungsschutz wieder ausgebaut werden.